

erlassjahr.de-Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

- Teilt Ihre Partei die Sorge, dass die sich derzeit zuspitzende Schuldenkrise im Globalen Süden wie in den 1980er Jahren zu einem „verlorenen Entwicklungsjahrzehnt“ führen könnte? Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht Schuldenerlasse bei der Finanzierung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs)?
- Wie bewertet es Ihre Partei, dass weltweit Austeritätsmaßnahmen ergriffen werden, um die weitere Bedienung der Schuldendienstzahlungen zu ermöglichen (2021 in min. 150 Ländern)? Ist dies Ihrer Meinung nach ökonomisch sinnvoll und sozial vertretbar? Falls nein, welche Alternativen gibt es?
- Bislang bleibt das “Common Framework” der G20 hinter den Erwartungen zurück: Kein Land konnte bislang abschließend eine Umschuldung aushandeln, viele Länder bleiben ausgeschlossen. Welche weiteren Schritte sind aus Sicht Ihrer Partei notwendig, um rasche und nachhaltige Fortschritte zu erzielen?
- Derzeitige Schuldenerleichterungsinitiativen wie die DSSI stehen ausschließlich Niedrigeinkommensländern offen. Wie wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese und künftige Initiativen auch für krisenbetroffene Mitteleinkommensländer wie etwa die Inselentwicklungsstaaten geöffnet werden?
- Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Schaffung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird? Wenn ja, wie sollten Ihrer Meinung nach konkrete Umsetzungsschritte für ein solches Verfahren aussehen und wo sollte es angesiedelt sein?
- Was wird Ihre Partei tun, um private Gläubiger verbindlich in Umschuldungsvereinbarungen einzubeziehen? Wird sie zu diesem Zweck nationale Gesetzgebungskompetenzen nutzen und z.B. ein “Anti-Geiergesetz” nach englischem Vorbild verabschieden?
- Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die im BMZ angesiedelte Umwandlungsfazilität zum Zweck der Entwicklungsfinanzierung verschuldeten Staaten proaktiver angeboten und damit deutlich stärker genutzt wird als bisher?
- Während einige Industrieländer angekündigt haben, die zusätzlich geschöpften IWF-Sonderziehungsrechte dem Globalen Süden zur Verfügung zu stellen, ist das für den deutschen Anteil laut Bundesbank gesetzlich nicht möglich. Wird sich Ihre Partei für die Änderung des entsprechenden Gesetzes einsetzen?